

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 7. Juli 2021

793. Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes; Vernehmlassung)

Mit Schreiben vom 28. April 2021 unterbreitete das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (den Entwurf zur Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung [BV, SR 101] und Änderung des Parlamentsgesetzes [SR 171.10]) zur Vernehmlassung.

Mit dieser Vorlage soll eine Regulierungsbremse eingeführt werden, die darauf abzielt, die Regulierungskosten für Unternehmen einzudämmen. Bundesverfassung und Parlamentsgesetz sollen dahingehend geändert werden, dass Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse über die Genehmigung völkerrechtlicher Verträge (gemäss Art. 141 Abs. 1 Bst. d Ziff. 3 BV) einem qualifizierten Mehr in beiden Räten unterstellt werden sollen, wenn sie für mindestens 10 000 Unternehmen eine Erhöhung der Regulierungskosten bedeuten oder wenn durch sie die Regulierungskosten für Unternehmen gesamthaft um mehr als 100 Mio. Franken über zehn Jahre steigen. Diese zusätzliche institutionelle Hürde in Form eines qualifizierten Mehrs entspricht derselben Mehrheitsregel wie bei der Ausgabenbremse, bei der Erhöhung der Gesamtausgaben bei ausserordentlichem Zahlungsbedarf und bei dringlichen Bundesgesetzen.

Auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Schreiben an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung, 3003 Bern (Zustellung auch per E-Mail als PDF- und Word-Version an vernehmlassung.regulierung@seco.admin.ch):

Sie haben uns mit Schreiben vom 28. April 2021 den Entwurf betreffend Änderung der Bundesverfassung und des Parlamentsgesetzes für die Einführung einer Regulierungsbremse zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen die Einführung einer höheren Hürde für Regulierungen, die Unternehmen stark betreffen. Wie im erläuternden Bericht erwähnt, sind jedoch Schätzungen immer mit Unsicherheiten behaftet. Vor diesem Hintergrund regen wir an, bei der Schätzung von indirekten Kos-

ten wie entgangenen Gewinnen Vorsicht walten zu lassen. Demgegenüber stellen steuerliche Auswirkungen für Unternehmen einen relevanten Faktor dar und sollten deshalb ebenfalls Beachtung finden, auch wenn sie nicht im engeren Sinne als Regulierungskosten gelten. Insgesamt sollte der Aufwand für die Kostenabschätzungen auch ins Verhältnis zum erwarteten Nutzen gestellt werden.

II. Mitteilung an die Geschäftsleitung des Kantonsrates, die Mitglieder des Regierungsrates sowie an die Volkswirtschaftsdirektion.



Vor dem Regierungsrat
Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli